

Strukturhilfen dienen dazu, daß die Wirtschaft weiter funktionieren kann. Das schützt Arbeitsplätze, und das ist auch ein sozialdemokratisches Interesse ganz im besonderen.

(Weiß (Bündnis 90/Grüne):
Und die zweite Aufgabe?)

Die zweite Aufgabe ist die, die hier fälschlicherweise als erste Aufgabe genannt worden ist, nämlich Probleme des Staatshaushaltes. Aber darum geht es mir, daß Sie die Reihenfolge beachten. Der Zeitdruck, der hier entsteht, entsteht nicht aus der zweiten Aufgabe - Staatshaushalt -, sondern aus der ersten Aufgabe - Liquidität für die Wirtschaft.

Nun entsteht das Problem, daß wir heute in der Eile und bei dieser schlechten Besetzung mit der Sache nicht durchkommen.

(Weiß (Bündnis 90/Grüne):
Das haben Sie gut erkannt!)

Natürlich! Seien Sie doch froh, wenn ich einmal etwas gut erkenne!

(Heiterkeit und Beifall)

Deswegen lautet auch unser Vorschlag, daß wir am Sonntag eine Sondersitzung machen. Das gibt den Beteiligten Zeit, die Probleme weiter zu klären. Wir denken und hoffen, daß auch die Regierung an der Stelle ein Zeichen setzen könnte. Und wir könnten die Personen schon zu benennen die Gelegenheit bekommen, die in der Treuhandstelle auch Verantwortung tragen sollen. - Ich danke Ihnen.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun von der Fraktion der PDS Herrn Prof. Steinitz, das Wort zu nehmen.

Prof. Dr. Steinitz für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! In seiner Begründung hat Herr Minister Dr. Pohl auf den großen Handlungsbedarf hingewiesen, daß es darum geht, inwieweit die Betriebe weiter existieren, arbeiten können, Löhne gezahlt werden können. Ich glaube, hier im Saal wird es keinen geben, auch nicht in der Opposition, der verhindern will, daß die Regierung und die Wirtschaft der DDR existenzfähig sind, daß die Wirtschaft weiter bestehen kann, saniert werden kann, ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöht. Ich glaube, darum geht es gar nicht. Es geht auch nicht darum, rasch die Bedingungen für eine Umwandlung in Kapitalgesellschaften zu schaffen, von der Herr Dr. Pohl sprach. Darüber gibt es ja gar keine Meinungsverschiedenheiten.

Die Frage beginnt doch erst da, wo gesagt wird - so heißt das Gesetz ja, das zieht sich von Anfang bis Ende durch - „Privatisierung“, nicht schlechthin Bildung von Kapitalgesellschaften. Da stellen wir die Frage, und das ist meines Erachtens ein Grundproblem, über das wir weiter diskutieren müssen, bevor dieses Gesetz verabschiedet werden kann: Geht es denn nur um Privatisierung?

Wir haben uns hier im Hause zu einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft bekannt. Wir wissen, daß dazu auch ein starker privatwirtschaftlicher Sektor gehört. Wir gehen aber davon aus, daß mit diesem Gesetz nicht einfach die anderen Bereiche, Bereiche des Gemeineigentums, liquidiert werden sollen oder ihre Existenz erschwert werden soll.

Meines Erachtens ist es deshalb auch notwendig, in dem Gesetz ganz eindeutig davon auszugehen, daß gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Eigentumsformen geschaffen werden müssen. Diese Frage steht in erhöhtem Grade, wenn wir die Perspektive Vereinigung Deutschlands betrachten. Ohne daß ein starkes Ländereigentum, ein starkes Eigentum in den Kommunen gesichert wird, wird es nicht möglich sein, die öko-

nomische Existenzbasis der Länder und Kommunen zu sichern.

Wir sind der Meinung, daß es notwendig sein wird, auch das staatliche Eigentum in wichtigen Bereichen weiterzuentwickeln, das eine Grundlage sein wird - auch nicht in der bisherigen Form, sondern eben als Unternehmen agierend und sich den Wettbewerbsbedingungen stellend. Es ist daher eine unserer Grundforderungen, daß eindeutig die Gleichheit, die gleichen Wettbewerbschancen aller Eigentumsformen in dieses Gesetz aufgenommen werden.

Zweitens steht die Frage: Wofür werden die Mittel durch Kapitalbeteiligung und andere Formen der Veräußerung und Verwertung genutzt? Herr Schröder hat von der Priorität gesprochen: Strukturanpassung, zweitens Sanierung. Dagegen ist nichts einzuwenden bzw. das entspricht voll unserer Auffassung, diese Priorität. Aber, verehrte Abgeordnete, ist damit das Problem gelöst, wenn wir z. B. sagen, zur Strukturanpassung werden im Laufe der nächsten Jahre 50 Mrd. DM eingesetzt, und wir nicht begrenzen, wie es mit der zweiten Aufgabe weitergeht, nämlich der Sanierung des Staatshaushaltes?

Schon jetzt besteht ein Defizit im Staatshaushalt, wenn wir es kumulativ aufrechnen, von vielleicht 50,60 Mrd. DM. Wenn dann die Schulden der Betriebe hinzukommen, sind wir gleich bei 150 Mrd. DM. Das heißt, gleich die Hälfte dieses Volksvermögens geht weg für die Sanierung des Staatshaushaltes einschließlich der Kredite.

Man braucht, glaube ich, kein Prophet zu sein, um zu sagen, daß dieses Defizit nicht das letzte ist. Es wird weitergehen. Damit kommen wir zu der Grundfrage - die Frage ist oft gestellt worden, es ist auch oft dazu etwas gesagt worden, aber niemand von der Regierung hat eindeutig dazu Stellung genommen -: Warum soll die DDR das Ziel haben, den Staatshaushalt abzubauen auf eine Größe, die niemand kennt, vielleicht auch Null? In der Bundesrepublik besteht ein durchschnittliches Defizit von über 16 000 DM pro Kopf. Wenn wir diese Größenordnung auch für die DDR zugrunde legen, dann wären sehr viele Probleme schon gelöst.

Und wir hätten dann auch die Voraussetzungen, nicht nur Strukturanpassung und Lösung von Sanierungsproblemen vorzunehmen, sondern auch die geforderte Beteiligung der Bürger der DDR bei wichtigen Teilen dieses Volkseigentums.

Es geht ja darum, was passiert mit dem von ihnen Erarbeiteten, daß es nicht in einem zukünftigen vereinigten Deutschland in irgendeine imaginäre Größenordnung aufgeht.

Deshalb halten wir schon nicht nur die Reihenfolge für wichtig, sondern auch eine eindeutige Begrenzung für notwendig, bis zu welcher Höhe eine Sanierung des Staatshaushaltes vorgesehen werden darf.

Drittens sind wir der Meinung, daß man auch eindeutig sagen muß, welche Teile des Volksvermögens für diese Aufgaben benutzt werden dürfen. Es müßte eindeutig ausgeschlossen werden, daß für die Sanierung des Staatshaushaltes der Wohnungsfonds und Grund und Boden eingesetzt werden.

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Herr Abgeordneter! Es tut mir leid, aber die Redezeit ist zu Ende. Gestatten Sie noch eine Frage?)

Ja, bitte.

(Zwischenfrage: Herr Steinitz! Verstehen Sie unter Wettbewerbsbedingungen der Noch-Staatsbetriebe, daß sie sich gegenwärtig mit Schulden gewissermaßen überlasten, indem sie Material anreichern in der Hoffnung, daß diese Schulden ja demnächst erlassen werden, um dann nach dem 2.7. mit einem angehäuften Materiallager gewissermaßen startfähig zu sein?)

Das wäre meine Frage an Sie, ob Sie das unter Wettbewerb verstehen?)